



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Georg Rosenthal, Horst Arnold, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Ruth Müller, Herbert Woerlein, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/22088, 17/23179

Europäische Fördermittel für Regionalentwicklung und bäuerliche Landwirtschaft in Bayern sicherstellen!

Der Landtag bekräftigt seine am 22.03.2018 einstimmig beschlossene Forderung an die Staatsregierung (Drs. 17/21341), auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin entschieden dafür einzutreten, dass in der künftigen Finanzperiode 2021 bis 2027 die Mittel für die EU-Regional- und Strukturpolitik nicht gekürzt werden und allen Mitgliedstaaten und Regionen bei Erfüllung der Vergabekriterien offenstehen.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, sich gleichermaßen dafür einzusetzen, die Mittel für die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik möglichst auf dem bisherigen Niveau zu erhalten, dabei allerdings für eine gerechtere Verteilung zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern einzutreten. In diesem Zusammenhang bekräftigt der Landtag seinen ebenfalls einstimmigen Beschluss vom 07.02.2018 (Drs. 17/20634), in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, sich für eine Deckelung der Agrarzahlungen für agrarische Großbetriebe einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident